

Die Deutsche Kurdenpolitik: Erpressung durch Erdogan,

Doppelmoral und der Verrat unserer gelobten Werte (Quellen: Rückseite):

März 2017: Auf „Wunsch“ der Erdogan-Türkei kam es zur „Erweiterung des PKK-Verbots“.

Darunter auch die Symbole der PKK-nahen syrischen Kurden:

PYD (Partei), YPG (Miliz), YPJ (Frauen-Miliz)

Unsere Wirtschaftsministerin Zypries (SPD) nannte es damals:

„auf besondere Empfindlichkeiten [der Türkei] eingehen“.¹

Jan van Aken [Linke]: „unfassbar“ ein „totaler Kniefall vor Erdogan“.²

Omit Nouripour [Grüne]: „Entweder ist die YPG ein Partner, dann sollte man ihre Zeichen nicht verbieten. Oder sie ist eine Terrororganisation, dann sollte die Bundesregierung nicht mit ihr arbeiten.“.²

Nur in Deutschland gibt es diese Art der Kriminalisierung durch das „PKK-Verbot“ aus 1993.³ **Deswegen kann Folgendes auch nur in Deutschland passieren.**

August 2017: München: Gegen 6 Uhr schlug die Polizei zu. Sie durchsuchte 2 Wohnungen. Anlass war eine gepostete YPG-Fahne. Gleichzeitig arbeitet offenbar der BND, auch in Syrien, mit den PKK-nahen Kurden-Milizen zusammen.⁴ Diese Milizen sind in Syrien die erfolgreichsten Kämpfer gegen den IS.

In keinem anderen europäischen Land gibt es eine vergleichbare Verfolgung.

Viel zu oft wird hier die Sichtweise der Türkei übernommen, anstatt sich mit der gelebten, basisdemokratischen, lokalen Selbstverwaltung der Öcalan-nahen Kurden im Norden Syriens auseinander zu setzen. Zwei Interviews, über die hier kaum berichtet wurde:

1. mit dem Co-Vorsitzenden des Führungskomitees der KCK (PKK):

[...] Deutschland verhält sich in dieser Hinsicht sehr prinzipienlos, inkonsequent. Auf die Forderung der Türkei hin hat sie die Symbole der PYD, YPJ und YPG, die in Rojava (Nordsyrien) einen Freiheitskampf führen und in Syrien gegen den IS kämpfen, verboten. Dieses Verhalten, die türkischen Forderungen zu akzeptieren, offenbart, welchen Charakter das Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei hat. [...] ⁵

2. Gespräch mit dem Anwalt von Abdullah Öcalan, der ihn seit 1999 in der Haft besuchte:

[...] Öcalan geht es um die demokratische Nation, nicht um einen Nationalstaat. Er rät den Kurden, keinen Nationalstaat anzustreben, weil so ein Staat nicht die Freiheit fördert, sondern lediglich ein Instrument in den Händen der herrschenden Klasse ist. In einer demokratischen Nation dagegen haben alle ethnischen und religiösen Gruppen die gleichen Rechte und Möglichkeiten [...] ⁶

Die über 23 Jahre alte, falsche Behauptung „Die PKK kämpft für einen eigenen Kurdenstaat“ findet man immer wieder in den deutschen Medien.“^{7, 3, 8}

1999: Deutschland hatte damals die Abspaltung des Kosovo, durch Luftkrieg, unterstützt. Jedoch gesteht man heute den 40 Millionen Kurden kein Selbstbestimmungsrecht zu.⁸

aktuell: Afrin, in Syrien an der türkischen Grenze:

Diese friedliche syrische Kurdenprovinz, unter dem Schutz der YPG, war bisher vom Bürgerkrieg verschont. Jetzt ist sie durch eine Offensive der Nato-Türkei bedroht.⁹

weiter und Quellen-Angaben, siehe auf der Rückseite:

1. **ZDF heute, Berlin direkt, 17.03.2017: „Zypries warnt: „Es wird für die Türkei prekär““**
In der Türkei-Krise müsse man „deeskalieren, wo immer man nur kann“ und „auf besondere Empfindlichkeiten eingehen“, sagt Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries im ZDF. [...]
2. **WAZ, 11.03.2017: „Kritik an Ausweitung von PKK-Verbot“**
3. **MDR, 03.07.2017: Vorwürfe von Erdogan „Ist Deutschland zu lasch mit der PKK?“** [...] Die PKK, die für ein unabhängiges Kurdistan streitet [falsch!, siehe unter 5. und 6.], ist bei uns seit 1993 verboten. [...] Deutschland geht vergleichsweise hart gegen die PKK vor. [...] Der Sprecher des Bundesinnenministerium [...] , weist darauf hin, „dass die [Bundes-] Länder seit 2004 etwa 4.500 strafrechtliche Ermittlungsverfahren in diesem Zusammenhang eingeleitet haben.“ [...]
4. **BR-Bayerischer Rundfunk, 17.08.2017: Razzia in München „Kurden-Miliz: Freund oder Feind?“** Die PKK-nahe Kurden-Miliz YPG bekämpft in Syrien den IS, arbeitet sogar mit dem BND zusammen. Hierzulande müssen linke Aktivisten dagegen mit Konsequenzen rechnen, wenn sie öffentlich ihre Sympathie bekunden. So geschehen in München. [...] Fahne darf seit März nicht mehr gezeigt werden [...]
5. **Tichys Einblick Print, Ausgabe 10/2017, 13.08.2017: „Interview mit Cemil Bayik, dem Co-Vorsitzenden des Führungskomitees der KCK“, von Tomas Spahn (Politikwissenschaftler und Historiker)**
6. **RT Deutsch, 12.08.2017: Gespräch mit Rechtsanwalt Mahmud Sakar: „Die Türkei, der Krieg in Syrien, Öcalan und die Kurden“, von Mohammad Ballout und Karin Leukefeld**
7. **ZEIT, 01. 04. 1994: „Hat das Verbot die PKK noch gestärkt?“** [...] Da er [Abdullah Öcalan] selbst von der Forderung nach einem eigenen Staat öffentlich Abstand nimmt, kann sie [die Bonner Regierung !]... [...]
8. **Der Tagesspiegel, 29.06.2017: Kurden in Deutschland für Unabhängigkeit [nicht die Öcalan-Freunde (siehe auch unter 5. und 6.)] „Irak und Syrien ohnehin kaum zu stabilisieren“, von Hannes Heine**
Die Kurden im Irak planen für September ein Referendum. Das ärgert insbesondere die türkische Regierung. Berliner Richter befasst sich derweil mit den Folgen des PKK-Verbots. [...]
9. **Frankfurter Rundschau, 01.07.2017: Türkei und Syrien „Afrin im Würgegriff“, von Frank Nordhausen**
Die Türkei will offenbar eine Offensive gegen eine friedliche Kurdenprovinz starten – gegen „Terroristen“. [...] Der türkische Vizepremier [...] sagte: „Um die Region zu stabilisieren, muss Afrin von Teroelementen und Terroristen gesäubert werden.“ Präsident Erdogan hatte schon vor einer Woche Afrin betreffend erklärt: „Wir können über Nacht kommen.“ [...] Der Pentagonsprecher [...] erklärte [...] bisher gebe es keine Anzeichen, dass die YPG Truppen aus Rakka abzögen. „Aber alles, was ihre Aufmerksamkeit ablenkt, macht uns Sorgen.“ [Das Handeln der Türkei gefährdet den Kampf gegen IS !]

Die rund 1 000 000 Kurden sind die zweitgrößte Migrantengruppe in Deutschland. Sie werden oft in der Berichterstattung nicht berücksichtigt. Ein Beispiel aus April 2017:
Es gibt 3 000 000 türkeistämmige in Deutschland. Wahlberechtigt waren 1 400 000. Zur Wahl gegangen sind nur 700 000. Von diesen 700 000 haben 69 % mit „ja“ für Erdogans Präsidialsystem gestimmt. Also nur ca. 16% der 3 000 000. Wo sich in diesen Zahlen die Kurden befinden, darüber wird kaum berichtet! Die meisten türkeistämmigen Kurden sind eingebürgert, also unter den 1 600 000 Nichtwahlberechtigten.

Ohne die Öcalan-nahen Kurden in Syrien gäbe es

- kein befreites Kobane, erster erfolgreicher Rückschlag gegen den IS-Terror.
- keine zehntausende, gerettete Eziden aus dem Shengal (Sinjar) / Irak nach Syrien.
- keinen meist friedlichen Alltag in den 3 kurdischen Kantonen: Cizire, Kobane, Afrin
- keine erfolgreichen Bodenkämpfer (jetzt in Rakka) gegen den IS-Terror in Syrien.

Wir brauchen eine freie unabhängige Neubewertung der PKK, auf Grund unserer Werte, ohne den Einfluss/Druck der Türkei ! Schluss mit der Kriminalisierung in Deutschland !